

Haushaltsrede
Zur Einbringung des
Haushalts- und Investitionsplanes 2013 - 2016
am 11. Dezember 2012

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder

Es gilt das gesprochene Wort!!! **Sperrfrist 17:00 Uhr**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor einem Jahr habe ich die Situation in Deutschland und in Rheine mit der Großwetterlage verglichen. Der damalige Herbst - 2011 - war geprägt von einem ruhigen und sonnigen Wetter, gleichzeitig zeigten sich aber am Horizont bedrohliche graue Wolken.

Was hat sich seit dem 13. Dezember vergangenen Jahres, dem Tag der Einbringung des Haushaltes 2012, verändert?.

Entsprechend dem Vergleich mit der Großwetterlage hat sich die wirtschaftliche Lage entwickelt. Im 1. Halbjahr 2012 gab es in fast allen Bereichen noch positive Entwicklungen. Deutschland ist durch die Verbesserung der Infrastruktur und des Innovationsumfeldes im Vergleich der besten Industriestandorte weltweit auf den 5. Platz aufgestiegen. Die Arbeitslosenquote befindet sich immer noch auf einem relativ niedrigen Stand, im Bezirk der Hauptagentur Rheine liegt sie aktuell bei 5,1 %.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich zunächst herzlich bei den Unternehmen in Rheine bedanken: Diese haben in den letzten Jahren an ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern festgehalten und können nun von ausgebildeten Fachkräften profitieren. Als Bürgermeisterin sichere ich ihnen zu, dass wir unsere heimische Wirtschaft auch in Zukunft bei dem Bestreben unterstützen, dass das Thema „Arbeitslosigkeit“ für die meisten Familien in Rheine eben kein Thema wird.

In der 2. Jahreshälfte sieht die wirtschaftliche Entwicklung anders aus. Die Euro-Schuldenkrise hat auf die Realwirtschaft übergegriffen. Laut EU-Kommission sackt die Eurozone immer tiefer in die Rezession, was zunehmend auch in Deutschland spürbar wird. Eine bekannte Zeitung titelte im Herbst: „Es läuft nicht mehr rund. Die deutschen Unternehmen leiden zunehmend unter der schwächelnden Welt-Konjunktur.“ Der Export büßt seine konjunkturelle Zugkraft ein. Um bei der Großwetterlage zu bleiben: Das Wetter wird also trüber, die Blätter fallen und auch bei den Konjunkturprognosen sieht es nicht besser aus. Prognosen und Einschätzungen der Wirtschaftsweisen und auch der Bundesregierung werden pessimistischer. Und die Anforderungen steigen weiter:

Mitte 2012 lag der Stand der Kassenkredite in NRW bei mehr als 24 Mrd. Euro. 1 Prozentpunkt höhere Zinsen – eine Entwicklung, die zumindest mittelfristig nicht unwahrscheinlich ist - würde sogleich jährlich 240 Millionen Euro zusätzliche Zinsaufwendungen bedeuten. Für Rheine ergäben sich bei dem aktuellen Stand an Liquiditätskrediten Mehraufwendungen in Höhe von 100.000 Euro.

Auch der Trend steigender Sozialaufwendungen setzt sich unvermindert fort. Im Haushaltsentwurf müssen wir hierfür wiederum mehr Mittel bereitstellen. Näheres dazu werde ich Ihnen später beim Fachbereich 2 vorstellen.

Professor Dr. Paul Kirchhof hat kürzlich auf die vielen neuen Regelungen auf EU-Ebene hingewiesen. So produziere die EU täglich 8 neue Gesetze. Zitat: „Wir sind umzingelt von Normen und können sie nur ertragen, weil wir sie nicht kennen. Wir leben täglich alle in der Illegalität.“ Zitat Ende. Die meisten dieser Gesetze bedeuten zusätzlichen Verwaltungsaufwand, auch für die Kommunen.

Die KfW-Bank hat den Investitionsrückstand auf kommunaler Ebene zuletzt auf ca. 100 Mrd. Euro beziffert. Der Städte- und Gemeindebund drückt dies so aus: „Bei Schulen, Straßen und öffentlichen Gebäuden wird seit Jahren eher geflickt als grundlegend renoviert.“

In rund 2.500 Tagen gilt für die Länder das Verbot der Nettokreditaufnahme. So will es die Schuldenbremse des Grundgesetzes. Dass dies auch gravierende Folgen auf die kommunalen Haushalte haben wird, ist zu erwarten. Es besteht die Gefahr, dass der zunehmende Konsolidierungsdruck über die Länder weitgehend auf die Städte und Gemeinden verlagert wird.

Es reicht deshalb für uns in Rheine nicht aus, die Schwellenwerte für ein Haushaltssicherungskonzept einzuhalten. Nein, wir müssen den Fehlbetrag abbauen und zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen. Und gleiches gilt auch für Land und Bund! Für uns gilt somit auch für 2013 und die Folgejahre die Prämisse, dass wir neue Projekte und Aufgaben nur aufnehmen, wenn sie unbedingt und alternativlos notwendig sind.

Bevor ich auf die einzelnen Fachbereiche eingehe, gebe ich Ihnen zunächst einige Informationen zur Haushaltsplanung und zum Zentralhaushalt.

Die Ergebnis- und Investitionsplanung 2013 – 2016 wurde aus der bisherigen Finanzplanung entwickelt und erfolgte auf der Grundlage folgender Zielsetzungen:

1. Reduzierung des strukturellen Defizits
2. Verhinderung eines Haushaltssicherungskonzeptes, notfalls durch weitere Anhebungen der Hebesätze für die Grundsteuer
3. langfristig: Abbau der Verschuldung für Investitionskredite – kurzfristig: keine Netto-Neuverschuldung
4. Budgetausweitungen im Ergebnisplan nur bei unabweisbarem Bedarf

Im Ergebnisplan für 2013 sind ordentliche Erträge in einer Gesamthöhe von 144,032 Mio. Euro veranschlagt; das sind gegenüber dem Vorjahr 6,664 Mio. Euro mehr. Die ordentlichen Aufwendungen betragen insgesamt 157,104 Mio. Euro; im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung in Höhe von 2,565 Mio. Euro. **Hieraus ergibt sich ein Fehlbetrag in Höhe von 5,668 Mio. Euro.**

Auch in den Folgejahren 2014 – 2016 kann der Haushaltsausgleich nicht sichergestellt werden. Da aber in keinem Jahr die maßgeblichen Schwellenwerte übertroffen werden, besteht für die Stadt Rheine weiterhin keine Verpflichtung zur

Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Aber noch mal: Es reicht nicht, hier die Schwellenwerte einzuhalten, der Fehlbetrag muss abgebaut werden!

Für die Abdeckung des Fehlbetrages in Höhe von 5,668 Mio. Euro ist eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage vorgesehen. Damit unterliegt auch der Haushalt 2013 der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Die Abdeckung des Fehlbetrages für 2013 führt zu einem weitergehenden **Verzehr des Eigenkapitals** der Stadt Rheine auf 257,543 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung der Vorjahre beträgt damit der seit der Umstellung des Rechnungswesens im Jahre 2006 anhaltende **Vermögensverzehr** bereits **90,836 Mio. Euro**; das sind 26,1 % des ursprünglichen Eigenkapitals. Bis 2016 wird sich das Eigenkapital voraussichtlich um insgesamt 29,2 % auf 246,778 Mio. Euro verringert haben. **Der zunehmende Eigenkapitalverzehr führt zu immer geringeren HSK-Schwellenwerten und erhöht hierdurch natürlich zunehmend die HSK-Problematik.**

Die Steuern und ähnlichen Abgaben stellen mit 76,9 Mio. Euro und 53,4 % die wesentlichste Ertragsquelle der Stadt Rheine dar. Gegenüber dem Vorjahr sind das 4,483 Mio. Euro mehr. Darin enthalten ist die von Ihnen soeben beschlossene Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuern A und B mit einem Betrag von 1,641 Mio. Euro.

Ab 2013 gelten folgende Hebesätze:

- Grundsteuer A 250 v.H. (bislang 210 v.H.)
- Grundsteuer B 480 v.H. (bislang 420 v.H.)
- Gewerbesteuer 430 v.H. (unverändert)

Die Erträge aus Zuwendungen als zweite wichtige Stütze des städtischen Haushalts erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 2,616 Mio. Euro. Ursächlich ist hier im Wesentlichen die Veränderung bei der Schlüsselzuweisung.

Die beiden vorgenannten Ertragsarten machen 81,1 % der Gesamterträge aus.

Die nicht zu den ordentlichen Erträgen zählenden Finanzerträge sind mit 10,240 Mio. € in 2013 erheblich höher als in den anderen Jahren. Grund sind die eingeplanten **Sonderausschüttungen der Stadtparkasse und der Stadtwerke.**

Auf der Aufwandsseite stellen die Transferaufwendungen mit 70,560 Mio. Euro oder 44,9 % die mit Abstand größte Position dar. Hier ist u.a. auch die Kreisumlage mit geplanten 29,436 Mio. Euro zuzuordnen. Auf die jetzt beschlossene Erhöhung der Kreisumlage um 0,1 % gehe ich später noch ein. Eingebracht in den Haushalt waren 33,1 %, geschlossen wurden 33,2 %, während die Bürgermeister der beteiligten Kommunen 32,1 % für angemessen hielten. Und zu dem zweitgrößten Aufwandsblock für Personalaufwendungen werde ich ebenfalls später noch Stellung nehmen.

Der Investitionsplan sieht für 2013 Auszahlungen in Höhe von 12,156 Mio. Euro vor. Dem stehen Investitionseinzahlungen in Höhe von 27,518 Mio. Euro gegenüber. Auf die wichtigsten Investitionen werde ich bei meinen Erläuterungen zu den Fachbereichen noch eingehen.

Durch die andauernde defizitäre Situation im Ergebnisplan bleibt die Liquiditätssituation der Stadt weiter angespannt. Es werden auch im jetzigen Planungszeitraum Liquiditätskredite in erheblicher Größenordnung notwendig sein, um die Zahlungsfähigkeit der Stadt zu sichern.

Lassen Sie uns nun den Blick auf die Teilpläne unserer Fachbereiche richten.

Sonderbereich 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung

Zum Sonderbereich 0 gehören die Produktgruppen Politische Gremien, Verwaltungsführung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Rechnungsprüfung, Personalrat und Gleichstellungsstelle. Das Budgetvolumen ist mit 3,3 Mio. € in Relation zu den anderen Fachbereichen relativ gering.

Gleichwohl haben diese Produktgruppen für die Gesamtentwicklung unserer Stadt erhebliche Bedeutung. Ich möchte an dieser Stelle auf drei Bereiche explizit eingehen: die Engagementförderung, das Marketing und die Bedeutung des Themas Europa für unsere Aktivitäten im gesamtstädtischen Kontext.

Die **Engagementförderung der Stadt** genießt Vorbildcharakter auch über NRW hinaus. Immer mehr Kommunen erkennen, dass nicht nur ihre Liegenschaften, sondern auch das bürgerschaftliche Engagement ihrer Menschen zum "Tafelsilber" gehören.

Nachdem wegen des politischen Beschlusses zur Streichung einer A-13-Stelle (Stelle des bisherigen Pressesprechers) im Sonderbereich 0 die Arbeiten umorganisiert, Standards und Leistungen abgebaut und Umverteilungen vorgenommen werden mussten, habe ich die Stabsstelle Bürgerengagement nach einer vorübergehenden Stellenvakanz wieder auf den planmäßigen Bestand einer ganzen Stelle gebracht. Gemeinsam mit den Serviceangeboten der unterschiedlichen Fachabteilungen der Verwaltung motiviert die etablierte und anerkannte Unterstützung des lokalen Ehrenamts zum eigenverantwortlichen Handeln im bürgerschaftlichen Engagement. Wie die Bürgerinnen und Bürger mit kreativen Ideen aktiv Verantwortung in ihrem Wohnumfeld übernehmen, wurde bei der diesjährigen Abschlussveranstaltung zur Neuauflage des Stadtteilwettbewerbs „Gemeinsam Zukunft gestalten“ sichtbar. Über 60 Vereine, Schulen, Kindergärten, Stadtteilbeiräte, Unternehmen und Initiativen waren an der Umsetzung der Wettbewerbsbeiträge beteiligt. Eine dritte Auflage dieses Wettbewerbs ist für das Jahr 2013/2014 geplant.

Gespannt sein darf man, wie sich das Modellprojekt "Selbstbestimmter Bürgertreff" am Basilika Forum entwickeln wird und wie sich die Ergebnisse auf die Soziale Stadt Dorenkamp übertragen lassen.

Für die Zukunft bietet die Stabsstelle Bürgerengagement ihre Mitarbeit an, um die Zusammenarbeit aller Engagement fördernden Einrichtungen in Rheine zu intensivieren. Neue Kooperationen und Partnerschaften sowie ein kontinuierlicher Dialogprozess können zur Stärkung des bürgerschaftlich getragenen Miteinanders beitragen. Das Format eines Runden Tisches „Engagementförderung“ soll dazu im kommenden Jahr ein erster Schritt sein.

Ein weiterer Schwerpunkt wird im Bereich der Verwaltungsführung im Jahre 2013 die Umsetzung des mehrheitlich beschlossenen **Stadtmarketingkonzeptes** sein. Ich hoffe, dass die Umstrukturierungen sich in der Praxis bewähren werden und somit die intendierten positiven Impulse für unser gesamtstädtisches Image auch erkennbar werden. Die inhaltliche und organisatorische Umsetzung wird alle Beteiligten, d.h. Verkehrsverein, EWG und Stadt in den kommenden Monaten noch intensiv beschäftigen. Sie können davon ausgehen, dass die Kernverwaltung sich mit dem von ihr verantworteten Geschäftsfeld und in der Gesamtverantwortung für unsere Stadt konstruktiv in die Umsetzung des Prozesses einbringen wird.

Das Thema „**EUROPA**“ spielt bei mir, der gesamten Verwaltungsführung und auch im Pressereferat in Rheine traditionell eine wesentliche Rolle. Zahlreiche Beispiele in der jüngsten Vergangenheit haben deutlich gemacht, dass neben den klassischen Aktivitäten im Bereich der Städtepartnerschaften und der politischen Gremienarbeit zukünftig das Thema „finanzielle Fördermöglichkeiten“ sehr stark im Fokus stehen wird. Die Potentiale in dem sehr komplexen Kontext europäischer Förderrichtlinien und die Möglichkeiten, städtische Ressourcen durch EU-Mittel zu ersetzen bzw. zu ergänzen, müssen intensiver genutzt werden. Hierzu bedarf es veränderter Strukturen und Schwerpunktsetzungen auch hinsichtlich des Ressourceneinsatzes in der Stadtverwaltung. An einem entsprechenden Konzept wird zurzeit in der Stadtverwaltung gearbeitet. Dieses soll möglichst noch im I. Quartal 2013 mit den Ratsfraktionen besprochen werden. Quintessenz muss sein, das darf ich an dieser Stelle vorwegnehmen, dass die Europaarbeit innerhalb der Stadtverwaltung als Querschnittsaufgabe organisiert und auch wahrgenommen werden muss - eine Herausforderung, der wir uns stellen und die deutlich macht, dass interdisziplinäres Arbeiten für eine zukunftsorientierte, moderne Verwaltung unabdingbar ist. Ebenso wichtig ist es aber auch für uns, dass der Rat der Stadt Rheine diese konzeptionelle Arbeit unterstützt und begleitet.

Konkrete Europa-Aktivität wird im Jahr 2013 die Fortführung des Projektes „Klimapartnerschaft – Städtepartner übernehmen Klimaverantwortung“ mit Konferenzen in Trakai, Litauen, und Borne, Niederlande, sein. Hinzu kommen die bürgerschaftlich getragenen Begegnungen, der bildungs- und praxisorientierte Jugendaustausch zwischen den Partnerstädten und der Grundschüleraustausch, mit dem wir schon bei der Generation der Grundschüler erste Kontakte zwischen Rheine und unserer Partnerstadt Borne fördern. Auch Partner wie der Caritas-Verband Rheine werden sich in den Fachaustausch zu den Themen Jugend und Alter weiterhin aktiv einbringen. Voraussichtlich mit dem Klimaschutzprojekt wird sich die Stadt Rheine um die NRW-Auszeichnung „Europaaktive Kommune“ bewerben.

Die Einwerbung neuer EU-Fördermittel wird uns auch im Bereich der Konversion von Bundeswehrflächen bzw. im Zuge der Diskussion um die Weiterentwicklung unserer Stadt als Innovationsstandort beschäftigen.

Auf der politischen Ebene konnte mit meinem Mandat im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat die Einflussmöglichkeit für die kommunale Ebene für weitere vier Jahre gefestigt werden. In die entsprechenden Fachgremien des Kongresses – ich bin Vizepräsidentin im Ausschuss für Zeitgeschehen - habe ich insbesondere die Themenschwerpunkte Klimawandel und Nachhaltigkeit sowie Inklusion eingebracht, Themen, auf die auch wir hier in Rheine uns konzentrieren bzw. konzentrieren werden.

Stolz sein können wir im Jahr 2013 auf das **1.175-jährige Jubiläum** der Stadt Rheine, welches wir gemeinsam mit den Gemeinden Wettringen und Schöppingen und den Kirchengemeinden feiern dürfen. Mit ausgewählten Veranstaltungen werden wir das besondere Ereignis würdigen. Näheres werden wir in der ersten Januarwoche des nächsten Jahres der Öffentlichkeit vorstellen.

Kommen wir zum **Fachbereich 1 – Bildung, Kultur und Sport**

Am 19. Juli 2011 haben die Landtagsfraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsame Leitlinien für einen schulpolitischen Konsens für Nordrhein-Westfalen veröffentlicht. Danach ist inzwischen als weitere Schulform die **Sekundarschule** in das Schulgesetz eingefügt worden. Bei der Sekundarschule handelt es sich um eine Schulform des längeren gemeinsamen Lernens mit gymnasialen Standards. In der Sekundarschule können alle Abschlüsse der Sekundarstufe I erreicht werden.

Die Stadt Rheine als regionales Mittelzentrum im westlichen Münsterland und größte kreisangehörige Stadt im Kreis Steinfurt verfügt über eine sehr gut ausgeprägte Schulstruktur. So besteht allein an acht gymnasialen Oberstufen der Rheiner Schulen unter teilweiser unterschiedlicher Trägerschaft die Möglichkeit, den Abschluss der Hochschulreife zu erreichen. Nicht nur allein deshalb erfährt die Stadt Rheine auch aus den umliegenden Gemeinden einen großen Zustrom von Schülerinnen und Schülern. Aber auch hier hinterlässt der demographische Wandel seine Spuren. Die Schülerzahl ist weiterhin rückläufig und Veränderungen in der Schullandschaft der Stadt Rheine sind deutlich zu erkennen.

Vor diesem Hintergrund ist nach intensiver politischer Diskussion in der Ratssitzung am 02.10.2012 mehrheitlich die Errichtung von zwei teilintegrierten Sekundarschulen im gebundenen Ganztagsbetrieb ab dem Schuljahr 2013/14 an den Standorten der jetzigen Don-Bosco-Schule in Rheine-Mesum und der Fürstenberg-Realschule in Rheine beschlossen worden. Gleichzeitig wurden die Auflösungsbeschlüsse der auslaufenden Schulen Don-Bosco-Hauptschule, Overberg-Hauptschule und Fürstenberg-Realschule gefasst. In einem nächsten Schritt hat die Stadt Rheine anschließend die Errichtung von zwei Sekundarschulen bei der Bezirksregierung formell beantragt. Mit dem Genehmigungsbescheid - ggfls. nebst Auflagen - seitens der Bezirksregierung Münster ist im Januar 2013 zu rechnen.

Im Februar 2013 laufen dann die Anmeldeverfahren für die weiterführenden Schulen. Die dabei festzustellenden Anmeldezahlen, insbesondere **je mindestens 75 Schülerinnen und Schüler für die Sekundarschulen sind Voraussetzung für die Errichtung der neuen Schulform.**

Der Standort der Don-Bosco-Hauptschule wurde mit Abschluss der erheblichen baulichen Investitionsmaßnahmen in diesem Jahr für den Ganztagsbetrieb einer dreizügigen Schule der Sekundarstufe I ausgebaut und erweitert.

Der Schulausschuss hat am 21.11.2012 das Raumprogramm für eine Sekundarschule am Standort der bisherigen Fürstenberg-Realschule beschlossen. Auf der Grundlage dieses Raumprogramms erfolgt aktuell die Prüfung, in welchem Umfang die bestehende Planung aus dem Jahr 2010/11 zur Erweiterung und zum

Umbau der Fürstenberg-Realschule als Ganztagschule übernommen werden kann. Basierend auf die aktualisierte Planung erfolgt anschließend die Kostenschätzung zu den Erweiterungs-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen. Das dadurch auflaufende Investitionsvolumen (hier ist von etwa 4 Mio. Euro auszugehen) nebst Folgekosten muss dann im Rahmen der Haushaltsplanberatungen in den Haushaltsplan eingearbeitet werden. Nochmals sei darauf hingewiesen, dass nur eine ausreichende Anmeldezahl von Schülerinnen und Schülern Voraussetzung für die Bautätigkeit sein kann.

Der Baggerführer am historischen Falkenhof in Rheine ahnte nichts von den Konsequenzen, als er 2003 unerwartet auf ein gemauertes Backsteingewölbe stieß: Dies war der Beginn einer spektakulären archäologischen Entdeckung. Freigelegt wurde ein 60 Meter langes unterirdisches Kanalsystem aus dem 17. Jahrhundert, bis heute die einzige bekannte Anlage dieser Art in Westfalen. 21.000 Fragmente aus Glas, Keramik, Metall, Holz und Leder konnten aus diesem Kanalsystem geborgen werden. Der in seinem Umfang in Nordwestdeutschland einzigartige Fundkomplex ermöglicht erstmals Aufschlüsse über den Lebensstil der westfälischen Adelsfamilie von Morrien, die den Hof von 1529 bis 1799 bewohnte. Die mehrjährige Forschungsarbeit, die eine Fülle neuer Erkenntnisse über die Lebenswelt des ländlichen Adels in Westfalen bietet, wird im nächsten Jahr abgeschlossen sein.

Um diese Zeugnisse des Lebens am Falkenhof danach nicht in den Magazinen verschwinden zu lassen, planen die Städtischen Museen in Zusammenarbeit mit der Museumsstiftung eine Ausstellung mit dem Titel „Das **Erbe der Morrien**. Westfälische Adelskultur im Falkenhof in Rheine“.

Wie dem Rat der Stadt bereits vorgestellt wurde, sollen die Funde am authentischen Ort, dem Falkenhof in Rheine, in einer Ausstellung publikumswirksam inszeniert werden. Damit könnte eine Lücke in der Geschichtsschreibung der Stadt Rheine geschlossen und die überregionale Bedeutung der Funde vom Falkenhof nachvollziehbar gemacht werden. Das Projekt ist derzeit von einem Volumen von 500.000 Euro kalkuliert. Diese Summe können wir als Stadt natürlich nicht aufbringen. Deshalb wurden Förderanträge beim Land NRW, beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe, beim Kreis Steinfurt und bei verschiedenen privaten Stiftungen gestellt. Es bleibt abzuwarten, in welchem Volumen Förderzusagen erreicht werden können. Erst wenn die Finanzierung gesichert ist, kann dieses Projekt in den Haushaltsplan aufgenommen werden, ggfls. unter Minimierung des Kostenvolumens.

Ein Highlight für den Sport in Rheine ist der Bau des **Fußball-Kunstrasenplatzes** im Jahnstadion. Bemerkenswert ist dieses Projekt aus zwei Gründen: Zum Einen ist es gelungen, die Finanzierung des Fußballfeldes mit einem Volumen von immerhin 540.000 € sicherzustellen, ohne das Budget des Haushaltsplanes 2013 und Folgejahre auszuweiten; zum Anderen konnte mit der Unterstützung des Stadtsportverbandes erreicht werden, fast alle Fußballvereine in der Stadt Rheine für dieses Projekt zu gewinnen. Damit ist eine hohe Auslastung des Spielfeldes gewährleistet und der Anschluss an die aktuelle Entwicklung im Fußballsport ist wieder hergestellt. Besten Dank an dieser Stelle unserem „Kooperationspartner“ Stadtsportverband.

Zum Fachbereich 2 – Jugend, Familie und Soziales

Im Produkt **Förderung junger Menschen und Familien** – besser bekannt als Bereich der Hilfen zur Erziehung - ist auch für 2013 von einer vergleichbar hohen Bedarfslage für unterstützungsbedürftige Kinder und Familien auszugehen. Eine besondere Herausforderung stellt eine aktuell steigende Nachfrage junger Mütter dar, bei denen nur mit intensiver und stationärer Unterstützung der Kinderschutz von Neugeborenen gewährleistet werden kann.

Das in 2011 vorgestellte Konzept einer neuen und effektiveren Zugangssteuerung zu den Dienstleistungen der Hilfen zur Erziehung soll nun in 2013 konkret mit einem neu eingerichteten Stellenanteil umgesetzt werden. Die durch das neue Bundeskinderschutzgesetz für die Kommunen neu beschriebenen Aufgaben werden intern zur Überarbeitung von Abläufen bei Meldungen zu Gefährdungslagen von Kindern und Jugendlichen und zu einem Ausbau der Frühen Hilfen führen.

Dieses Konzept beinhaltet netto eine potentielle Einsparung von über 500 T€. Die Einsparungen sind in der mittelfristigen Finanzplanung schon eingearbeitet und von Ihnen beschlossen worden. Fakt ist jedoch, die Fallzahlentwicklung im Jahre 2012 führte zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung bereits zu einer Anpassung des Aufwandes für 2013 und die Folgejahre um 450.000 Euro, und die tatsächlichen Mehraufwendungen für das Jahr 2012 werden nach derzeitigem Kenntnisstand schon 1,2 Millionen Euro betragen.

Aus Sicht des Fachbereiches 2 muss im Rahmen der politischen Beratung im Jugendhilfeausschuss entschieden werden, ob bei den Leistungen der freien Träger und durch eine verstärkte Zugangssteuerung bei den Hilfen zur Erziehung auf eine Anpassung des Budgets verzichtet werden kann. Dies könnte aber nur durch massive Standardreduzierungen erreicht werden. Andernfalls ist eine Budgetaufstockung in Höhe von mindestens 750.000 Euro erforderlich. Eine politische Diskussion hierüber ist absolut erforderlich, und nicht nur eine Diskussion, sondern auch eine Entscheidung.

Mit externer Unterstützung wird in 2013 die gesamte Fallsteuerung untersucht und neu ausgerichtet werden. Ich gehe aber davon aus, dass Sie mit mir darin übereinstimmen, dass es bei der Absicherung kindeswohlgefährdender Situationen keine Kompromisse geben kann. Und eine neue Fallsteuerung darf nicht zu Entscheidungen führen, die die Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen, für die auch wir als Kommune Verantwortung tragen, minimieren.

Bei den **Tageseinrichtungen für Kinder** sind die Sicherstellung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz und der Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für die unter dreijährigen Kinder U3 die wesentlichen Aufgaben. Der Bau der beiden neuen Kindertageseinrichtungen links der Ems an der Isselstr. und an der Nienbergstr., wo zusammen 150 neue Plätze entstehen, ist ein wesentlicher Baustein des Ausbaukonzeptes. Es besteht jedoch weiter Handlungsbedarf, insbesondere in den Stadtteilen rechts der Ems. Die Verwaltung prüft derzeit, ob u.a. durch ein Angebot an Großtagespflegestellen der Bedarf an U3-Betreuungsplätzen sichergestellt werden kann.

Die große Nachfrage nach der Betreuung der unter 3-jährigen und der Trend, längere Betreuungszeiten zu wählen, führt zu einem deutlichen Anstieg des Auf-

wandes für die U3-Betreuung. Von 2012 nach 2013 musste das Budget um 470.000 Euro erhöht werden.

Der Landesgesetzgeber hat Ende November eine Erhöhung der Landeszuschüsse an der U3-Finanzierung beschlossen, um dem Konnexitätsprinzip gerecht zu werden. Nach diesem „Belastungsausgleichsgesetz für den U3-Ausbau“ können wir für 2013 Erträge in Höhe von 364.000 Euro erzielen.

Derzeit muss sich die Stadt Rheine noch mit 50 % direkt an den Kosten der kommunalen **SGB II-Aufwendungen** beteiligen. Gegenüber einer kompletten Finanzierung der kommunalen SGB II-Aufwendungen über die Kreisumlage führt dies zu erheblichen Mehrbelastungen für die Stadt Rheine. Im Jahr 2011 waren es 1.036.000 Euro

Aufgrund eines Urteils des OVG Münster vom 11.01.2012, das in einem vergleichbaren Sachverhalt zu Gunsten der Stadt Minden über einen Härteausgleich entschieden hat, hat die Verwaltung Verhandlungen mit dem Kreis Steinfurt über eine Härteausgleichsregelung ab dem Jahr 2012 geführt. Der Kreistag hat gestern entschieden, dass ein Härtefall vorliegt, wenn eine Kommune um 15 % höhere Aufwendungen hat, als wenn der Aufwand vollständig über die Kreisumlage finanziert wäre. Dies führt für die Stadt Rheine auf Basis der Abrechnung für 2011 lediglich zu einem Mehrertrag für 2013 von 197 T€, was zu wenig ist bei den Mehrbelastungen in Höhe von 1.036.000 €. Die Verwaltung prüft zurzeit die Grundlagen und Erfolgsaussichten für eine Klage gegen diese Regelung. Zum Vergleich: bei einer 10 %-Lösung hätte der „Mehrertrag“ wenigstens bei 477.000 € gelegen.

Die Bedarfe für die **Leistungen zur Grundsicherung** steigen, wie in jedem Jahr, kontinuierlich an. Dies führt zwingend zu einer Personalaufstockung in diesem Bereich um eine weitere 0,5 Stelle.

Das Fallvolumen ist in diesem Kontext nicht steuerbar und hängt unmittelbar mit der Armutsdiskussion im Alter zusammen. Wie regional unterschiedlich sich diese Auswirkungen kommunal ergeben, zeigt der Vergleich mit anderen Kommunen. Liegt die SGB XII Quote in Rheine bei ca. 13 Bedarfsfällen pro 1000 Einwohner, liegt sie in anderen Kommunen bei ca. 10 Bedarfsfällen. Werden die Transferleistungen auch sukzessiv vom Bund übernommen, verbleiben die Personalkosten jedoch zu 100 % bei der Stadt Rheine.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 18.07.2012 die **Grundleistungen nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz** für verfassungswidrig erklärt. Anders als bei den Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II hält das Bundesverfassungsgericht die Beträge nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz auch für evident unzureichend, da diese seit 1993 nicht verändert wurden. Aus diesem Grunde hat das Gericht bis zum Inkrafttreten einer verfassungskonformen gesetzlichen Neuregelung eine Übergangsregelung angeordnet. Danach sind diese Grundleistungen annähernd in Höhe der Regelbedarfe nach dem SGB II bzw. SGB XII zu erbringen.

Aufgrund des Urteils entstehen für die Stadt Rheine monatliche Mehraufwendungen von 10.000 Euro, so dass der Haushaltsansatz um 120.000 Euro erhöht werden musste.

Im Übrigen hat die Stadt Rheine in den letzten Monaten einen Anstieg Asylsuchender zu verzeichnen. Im Monat Mai 2012 erhielten 169 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und im September 2012 187 Personen. Auf Landesebene stieg die Zahl der Asylbewerber von 13.385 Personen im Januar 2012 auf 16.588 Personen im September 2012. Mit steigenden Zahlen wird wohl auch zukünftig zu rechnen sein.

Fachbereich 3 – Recht und Ordnung

Der durch Pflichtaufgaben geprägte Fachbereich Recht und Ordnung wird auch in 2013 die Aufgabe haben, umfangreiche Leistungen im Bereich des Bürgerservice in der bestehenden guten und anerkannten Qualität anzubieten sowie für Gefahrenforschung und Gefahrenabwehr Sorge zu tragen.

Um die Qualität im Bereich des **Brandschutzes** zu erfassen und zu definieren, hat der Rat der Stadt Rheine im März 2012 den Brandschutzbedarfsplan einstimmig verabschiedet. Der aus diesem Plan abgeleitete Maßnahmenkatalog sieht neben den Planungen für den erforderlichen **Neubau einer Feuerwache im Bereich des Löschzuges rechts der Ems** die Anschaffung eines **Rettungsbootes** im Jahr 2013 sowie die Einrichtung eines Stabsraumes im Jahr 2014 vor.

Im Einvernehmen mit der Feuerwehr sind die für die Planungen der Folgejahre vorgesehenen Anschaffungen von Großfahrzeugen durch den Fachbereich Recht und Ordnung um jeweils ein Jahr hinausgeschoben worden. Gleichzeitig musste aber wegen inzwischen eingetretener erheblicher Preissteigerungen auch das vorgesehene Investitionsvolumen nach oben angepasst werden.

Für das Jahr 2013 ist zur weiteren Umrüstung auf das vielseitige und wirtschaftliche Container- und Wechselladersystem der **Umbau eines Containers für ABC-Einsatzlagen** vorgesehen. Dieser Umbau umfasst ein Investitionsvolumen in Höhe von 275.000 Euro. Er erfolgt zu erheblichen Anteilen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Feuer- u. Rettungswache. Nach Fertigstellung des Containers wird es möglich sein, die erforderliche logistische Unterstützung bei Einsatzlagen vorzuhalten, bei denen es um die Aufspürung und Bekämpfung gefährlicher Stoffe, z.B. bei Chemieunfällen geht.

Im Ergebnisplan bewegen sich die Ansätze im Wesentlichen auf dem Niveau der Vorjahre. Eine Ausnahme bildet der Bereich des Rettungsdienstes, der saldiert Verbesserungen von 215.000 Euro ausweist. Dies ist begründet durch höhere **Erstattungen des Rettungsdienststrägers** an die Stadt Rheine, die der Fachbereich im Verhandlungswege erreichen konnte. Insbesondere handelt es sich um zuvor nicht anerkannte Sachkosten im Bereich des Rettungsdienstes, z.B. für Energie und Gebäudeunterhaltung.

Fachbereich 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement

Der Bereich **Grundstücksmanagement** kann durch den Verkauf von städtischen Wohnbaugrundstücken in diesem Jahr voraussichtlich Mehreinzahlungen in Höhe von ca. 430.000 Euro erzielen, hauptsächlich in dem Baugebiet Wohnpark Dutum I und im allgemeinen Wohnbaugebiet. Auch die Ansätze in den Gebieten Rodde II, Eurode und Schmidts Kämpken werden übertroffen. In den Baugebie-

ten Hilgenfeld-Ost, Hilgenfeld-FARK und Rodde I können die Planansätze wegen der dort geringen Nachfrage vermutlich nicht erreicht werden.

Durch den Verkauf von Gewerbeflächen können wir im Jahr 2012 ebenfalls Mehreinzahlungen erwarten. Diese betragen insgesamt ca. 336.000 €.

Grundsätzlich sind Grundstücksverkäufe schwer planbar, da sie von vielen Faktoren abhängig sind. Die Abweichungen in diesem Bereich sind daher erfreulich, aber in Anbetracht der Wirtschaftslage nicht überraschend.

In der **Finanzbuchhaltung** konnte in diesem Jahr durch innovativen Technikeinsatz und damit verbundener Prozessoptimierung eine Vollzeitstelle eingespart werden.

Neue gesetzliche Änderungen wie das 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz oder die Reform zur Sachaufklärung im Rahmen des Forderungsmanagements fordern von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Technik Flexibilität und bedeuten nicht unerheblichen Mehraufwand. Genauso verhält es sich bei der Umsetzung des Projekts eines europaweit einheitlichen Zahlungsraums für Transaktionen in Euro, in der englischen Abkürzung SEPA genannt. In diesem Zahlungsraum sollen für Kunden keine Unterschiede mehr zwischen nationalen und grenzüberschreitenden Zahlungen erkennbar sein. SEPA hat auch für die Stadt Rheine und insbesondere für die Finanzbuchhaltung große Auswirkungen. Die Technik muss an die neuen Gegebenheiten angepasst und die Bürger und Geschäftspartner müssen entsprechend informiert werden. Welche Kosten in diesem Zusammenhang auf die Stadt Rheine zukommen, ist noch nicht absehbar.

Der **Jahresabschluss 2011** wurde von der Finanzbuchhaltung erarbeitet und im Oktober 2012 in den Rat eingebracht. Damit gehört Rheine zu einer der wenigen Kommunen, die auch in dieser Hinsicht ihre Hausaufgaben gemacht haben.

Zur finanziellen **Absicherung der Pensionslasten** hat der Rat in diesem Jahr einen Grundsatzbeschluss gefasst. Weitere Arbeiten an diesem Thema werden in 2013 von der Verwaltung fortgeführt. Wegen der Wichtigkeit und des Volumens dieser langfristigen Entscheidung sind umfangreiche Recherchen erforderlich.

Die **Stadtsparkasse Rheine** und die **Stadtwerke Rheine GmbH** unterstützen auch im Jahr 2013 die Konsolidierung des städtischen Haushalts. Geplant sind Ausschüttungen der Stadtwerke Rheine GmbH in Höhe von insgesamt 3,5 Mio. Euro und von der Stadtsparkasse Rheine in Höhe von 2 Mio. Euro. Jetzt kommt zum Tragen, was wir bereits im letzten Jahr geplant hatten.

Von der Steuerverwaltung wurde eine neue **Vergnügungssteuersatzung** erarbeitet. Diese findet ab 2013 Anwendung. Die Umsetzung wird aufwendiger, entspricht aber nun der aktuellen Rechtsprechung.

Fachbereich 5 – Planen und Bauen

Das Projekt **„Soziale Stadt“** ist gemäß HFA-Beschluss vom 8. November 2011 in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen worden. Entsprechende Aufwands- und Auszahlungsraten sind auch für das Haushaltsjahr 2013 vorgesehen.

Die Aufträge für das Stadtteilmanagement und das Gutachten zum Wohnungsmarkt wurden zwischenzeitlich vergeben.

Bei den **öffentlichen Verkehrsflächen** haben in diesem Jahr die Arbeiten am Konrad-Adenauer-Ring begonnen. Die Fertigstellung ist in der ersten Jahreshälfte 2013 vorgesehen.

Der Ausbau der Elter Straße ist für 2013 geplant. Auf Wunsch der Anlieger wurde das Projekt um ein Jahr verschoben. Der Abwägungsbeschluss ist vor kurzem im Bauausschuss gefasst worden.

Bei den Stadtstraßen ist der Aus- bzw. Umbau der Sprickmannstraße von der Dutumer Straße bis zur Breiten Straße vorgesehen.

Bei den Innenstadtprojekten ist für das kommende Jahr die Straße „Auf dem Thie/Marktstraße (von der Poststr. – zur Straße am Thietor) zu nennen.

Die Prioritätenreihung der übrigen Innenstadtprojekte soll im Rahmenplan Innenstadt erfolgen.

In neuen Siedlungsgebieten sollen folgende Straßen ausgebaut werden:

- Schinkelstraße
- Holländerstraße
- Josef-Schepers-Straße
- Dutumer Straße (von Zeppelinstraße bis Felsenstraße)
- Herefortstraße

Für den Wohnpark Dutum Teil 2 wurden bereits 2012 für die Erstellung der Baustraßen entsprechende Mittel eingestellt, die Umsetzung soll im kommenden Jahr erfolgen.

Im Jahr 2013 sind folgende Radwegebaumaßnahmen vorgesehen:

- Fertigstellung des Radweges Rheine-Coesfeld auf der gesamten Länge zwischen Rheine, Staelskottenweg, und der Stadt Coesfeld. An der Weiterführung Richtung Innenstadt in Rheine wird gearbeitet.
- Radweg entlang der K 69 zwischen der Bühnertstraße und der Bauerschaftsstraße. Es handelt sich um ein Projekt des Kreises Steinfurt, an dem die Stadt Rheine beteiligt ist.
- Bürgerradweg entlang der L 593 zwischen der Anschlussstelle Rheine und der Gemeindegrenze Dreierwalde. Alle Kaufverträge für den notwendigen Grundwerb konnten inzwischen beurkundet werden.

Schließlich soll 2013 die Brücke an der Glienhorststraße als Zugang zum Stadtpark erneuert werden.

Der Neubau der Feuerwehr rechts der Ems wurde für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 in den Finanzplan aufgenommen. Weitere Projekte im **Hochbau** sind:

- der Neubau der Radstation am Bahnhofsausgang West
- der Umbau des Bürgerbüros im alten Rathaus
- der Um- bzw. Ergänzungsbau an der Sekundarschule Schotthock (heutige Fürstenberg-Realschule) unter den Voraussetzungen, die ich vorhin unter dem Punkt „Fachbereich 1“ genannt habe.

- die energetische Sanierung von Beleuchtungskörpern, 150.000 Euro pro Jahr und
- die weitere Umsetzung des Brandschutzprogramms mit einem Kostenvolumen von 200.000 Euro pro Jahr

Das Programm der **Bauunterhaltung** einschließlich der Verteilung der Mittel für den Brandschutz wird dem Bauausschuss Anfang 2013 vorgelegt. Insgesamt werden für die Erhaltung städtischer Gebäude 2,42 Mio. Euro pro Jahr aufgewendet.

Die ehemaligen Bahnflächen im **Innovationsquartier** an der Lindenstraße sind zwischenzeitlich soweit hergerichtet, dass die Vermarktung erfolgt. Für 2014 ist der endgültige Straßenausbau vorgesehen. Der Bau des Fußgängertunnels (Aufschneiden der Triebfahrzeughalle) ist weitgehend fertig gestellt. Derzeit wird an der Ausschreibung der Überdachungskonstruktion gearbeitet. Die Vergabe ist im März vorgesehen.

Parallel mit den Arbeiten der DB-Projektbau zur Erneuerung der Bahnsteige 1 bis 3 des **Bahnhofs** soll die Sanierung des Tunnels erfolgen. Die Freigabe des gesamten Tunnels für die Öffentlichkeit wird voraussichtlich Ende 2013 erfolgen.

In **Rheine R** soll die Erschließung bis zum Jahresende fertig gestellt sein. Auch hier stehen die Flächen für die Vermarktung zur Verfügung. Erste Ansiedlungen erfolgen zurzeit.

Die große Zukunftsaufgabe in diesem Bereich ist nach wie vor die Umsetzung der Querspange zwischen der B 481 und der K 77. Die Stadt Rheine hat ihre Finanzierungsanteile zu dem Projekt in den Haushalt eingestellt.

In Bezug auf die sonstigen **Gewerbegebiete** ist im Haushaltsjahr 2013 die endgültige Erstellung der Straßen im Gewerbegebiet „Karl Düsterberg“ vorgesehen. Hierzu gehören die Düsterbergstraße und die Pompeystraße.

Im GVZ Rheine ist die Erstellung der Meitnerstraße im Zusammenhang mit der Kanalisierung als Baustraße geplant.

Für das Gewerbegebiet Baarentelgen-Nord ist der Bau der Egon-Senger-Straße und der Harkortstraße für 2015 und 2016 eingestellt worden. Hier wird derzeit über eine Vorfinanzierung mit den betroffenen Firmen verhandelt, damit das Projekt bereits 2013 umgesetzt werden kann.

Die Kaserne Gellendorf (**Gartenstadt Gellendorf**) wird neben den Bahnflächen als Sonderprojekt im Haushalt geführt. Nach Fertigstellung der Graf-von-Stauffenberg-Straße und der Grünanlagen ist für 2013 die Erstellung des Georg-Elser-Ringes vorgesehen.

Die **Hochwasserschutzanlage Timmermanufer** soll bekanntlich in den Jahren 2014 und 2015 umgesetzt werden. Entsprechende Baumittel sind eingestellt worden. Derzeit werden die Pläne aufbereitet und es werden erforderliche Grunderwerbsgespräche geführt, damit die Planung Rechtskraft erlangt und der Zuwendungsantrag gestellt werden kann.

Der **Klimaschutz** wird ab 2013 als eigenständiges Produkt im Haushaltsplan dargestellt. Aktuell wird der Masterplan Klimaschutz erarbeitet. Der Masterplan 100% Klimaschutz hat ein Gesamtvolumen von 622.348 Euro. Dieses teilt sich in 497.879 Euro Fördermittel und 124.469 Euro Eigenanteil. Der Förderzeitraum ist vom 01.05.2012 – 30.04.2016. Fördermittelgeber ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Zum Fachbereich 7 – Interner Service

Der Fachbereich „Interner Service“, der mir direkt zugeordnet ist, wird auch im Jahre 2012 mit den 2 Produktbereichen Personal und Organisation für die personelle und sächliche Ausstattung der Stadtverwaltung sorgen und damit die Grundlage für die ordnungsgemäße und möglichst wirtschaftliche Aufgabenerledigung und Leistungserstellung in der Stadtverwaltung sichern.

Zum Fachbereich 7 gehört auch das **fachbereichsübergreifende Projektmanagement**, dessen Aufgabe darin besteht, Projekte zu strukturieren und zu koordinieren, an denen mehrere Fachbereiche und/oder darüber hinaus Externe beteiligt sind. Daneben ist das Projektmanagement auch dauerhaft an Netzwerken beteiligt, wie zum Beispiel der Lenkungsgruppe der Mathias Hochschule Rheine. Es nimmt hier die Aufgaben als Schnittstelle zwischen den externen und internen Beteiligten wahr.

Basis unseres stadtentwicklungspolitischen Handelns ist das Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept Rheine 2020. Das Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept Rheine 2020 (IEHK), welches einstimmig vom Rat verabschiedet worden ist, ist eine dauernde Aufgabe des Projektmanagements im Hinblick auf eine regelmäßige Fortschreibung und die erforderliche Evaluation. Zurzeit wird die Fortschreibung des IEHK „Rheine 2025“ in Workshops unter Begleitung des Planungsbüros ASS aus Düsseldorf mit Verwaltung und Ratsvertretern diskutiert und qualifiziert. Im Rahmen dieser Arbeit wurde auf der Basis eines Antrages der CDU-Fraktion übereinstimmend die Notwendigkeit festgestellt, die erarbeiteten Ergebnisse aus den Workshops in einen umfassenden Beteiligungsprozess einzubinden, um damit eine nachhaltige Mitwirkung und Akzeptanz an der Verwirklichung der Ziele des IEHK durch die relevanten gesellschaftlichen Gruppen zu generieren.

Diese Beteiligung soll im Rahmen der Durchführung von 3 - 4 Zukunftswerkstätten zu den Handlungsfeldern „Wirtschaft“ (im Sinne der Gesunden Stadt), „Bildung/Innovation auf allen Ebenen und Inklusion“ sowie „Energiewende und Klimaschutz“ organisiert werden. Die Ergebnisse der Zukunftswerkstätten werden in die Fortschreibung des IEHK einfließen.

Die Durchführung eines Verfahrens dieser für unsere Grundlagenarbeit notwendigen unabdingbaren Qualität erfordert jedoch die Bereitstellung von Finanzmitteln. Die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Zukunftswerkstätten wird voraussichtlich einen Finanzaufwand von ca. 50.000 € erfordern, der im Haushaltsplan 2013 bereitgestellt werden muss. Dieser Aufwand ist im heute eingebrachten Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2013 noch nicht veranschlagt und obliegt insoweit der politischen Beschlussfassung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen.

Im Jahre 2013 gehören das Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept Rheine 2025 und die Soziale Stadt Dorenkamp zu den Arbeitsschwerpunkten des fachbereichsübergreifenden Projektmanagements.

Die Soziale Stadt Dorenkamp als neues Projekt wird vom Projektmanagement seit jetzt einem Jahr begleitet und ist auf die Dauer von fünf Jahren ausgelegt. Schwerpunkt der Arbeit ist neben der Lenkung der Projektgruppenarbeit die Koordination der Projektbeteiligten – insbesondere des zukünftigen Stadtteilmanagements und weiterer externer Akteure - als Schnittstelle zur Verwaltung.

Angesichts der rasanten technischen Entwicklungen sind die vielfältigen Komponenten der **Internettechnologien** die zentrale Daueraufgabe im technischen Organisationsmanagement unserer Verwaltung. Soziale Netzwerke, E-Mailkommunikationstechniken, Workflow- und Dokumentenmanagementsysteme haben nicht nur die Kommunikationswege im alltäglichen Leben vieler Menschen verändert; sie stellen auch an die öffentliche Verwaltung neue und hohe Anforderungen. Die Stadt Rheine ist in diesem Kontext sehr gut aufgestellt. Das zeigen Benchmarks auf verschiedenen Ebenen. Gleichwohl gilt auch in diesem Tätigkeitsfeld das Zitat: „Wer aufhört, besser werden zu wollen, hört auf, gut zu sein“.

In diesem Sinne wird der Schwerpunkt der Organisationsarbeit in der Stadtverwaltung in den nächsten Jahren darin liegen, Verwaltungsstrukturen zu analysieren, zu hinterfragen und ggf. neu zu gestalten sowie die Verwaltungsprozesse mit Hilfe unterschiedlicher technischer Möglichkeiten zu optimieren. Zwar wird das Ziel einer papierlosen Verwaltung in absehbarer Zeit wohl kaum erreichbar sein, gleichwohl gibt es viele Zwischenschritte, so dass die Kommunikation mit dem Bürger als auch die Arbeit in der Verwaltung zunehmend in digitaler Form erfolgen werden. Die hierzu notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen müssen in den jeweiligen Haushalten bereitgestellt werden. Angesichts der nicht vorhersehbaren technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen kann dieser Prozess nicht wie gewünscht mittel- bis langfristig geplant werden, sondern erfordert kurzfristiges und flexibles Reagieren. Konkrete Beratungs- und Entscheidungsvorlagen sind seitens der Verwaltung für die Fachausschussberatungen zum Haushalt 2013 bereits „in Arbeit“.

Neben den technischen Innovationen wird ein anderes gesellschaftliches Phänomen die Arbeit des Fachbereiches „Interner Service“ zukünftig mit prägen; nämlich der demografische Wandel und die damit einhergehenden Probleme zur **Gewinnung qualifizierten Personals**. Den Medien ist nahezu täglich zu entnehmen, dass der Fachkräftemangel sich zu einem zentralen Problem entwickelt hat. Diese Entwicklung wird selbstverständlich auch am öffentlichen Dienst im Allgemeinen und der Stadt Rheine im Besonderen nicht vorbeigehen. Unverkennbar sind bereits jetzt die Anzeichen dafür, dass qualifizierte junge Menschen zukünftig wesentlich schwieriger für die Arbeit im Rathaus zu gewinnen sind. Der sprichwörtliche „sichere Arbeitsplatz“ spielt in diesem Kontext bereits seit mehreren Jahren kaum mehr eine besondere Rolle. Dieser Situation wird die strategische und operative Personalentwicklungsplanung unserer Verwaltung Rechnung tragen. Ein wesentlicher Aspekt ist dabei die Positionierung der Stadt Rheine als „attraktiver Arbeitgeber“: Neben interessanten und konkurrenzfähigen Bezahlungs- und Entgeltsystemen gewinnen eine familienfreundliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen, ein systematisches Gesundheitsmanagement und persönliche Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für städtische Bedienstete zu-

nehmend an Bedeutung. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auch die Entwicklung und Implementierung leistungsorientierter Vergütungselemente zu nennen: Aufgrund der tarifvertraglichen Vereinbarungen wurden für die tariflich Beschäftigten bereits die ersten Schritte im Rahmen dezidierter Zielvereinbarungen bei der Stadtverwaltung Rheine erfolgreich realisiert. Dabei haben die BeamtKollegen kein Verständnis dafür, dass sie von diesen leistungsorientierten Verdienstmöglichkeiten bei der Stadt Rheine ausgeschlossen sind. Das Unverständnis ist umso größer, als in vielen anderen Städten und auch beim Kreis Steinfurt die Beamtinnen und Beamten in die leistungsorientierte Bezahlung einbezogen werden. Darunter sind im Übrigen auch viele Städte, die sich bereits seit längerem in der Haushaltssicherung befinden. Ich würde es deshalb begrüßen, wenn Sie Ihre diesbezüglich ablehnende Haltung aufgeben und so auch ein wichtiges Signal im Sinne eines modernen und attraktiven Arbeitsgebers senden. Alt-hergebrachte „hoheitliche“ Denkstrukturen sind angesichts der sich dramatisch verändernden Situation auf dem Arbeitsmarkt schon lange nicht mehr zeitgemäß und erschweren die notwendige teamorientierte Arbeit in unserer Verwaltung im Sinne unseres Leitbildsatzes „wir sind gemeinsam stark“ zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Vor diesem Hintergrund möchte ich nunmehr auf die **Personalaufwendungen insgesamt** eingehen.

Diese Aufwandsart ist im Entwurf des Haushaltsplanes 2013 mit insgesamt 29,016 Mio. Euro veranschlagt. Bereinigt um die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen und die gestiegenen Gesundheitskosten, die auch durch aktives Personalmanagement nicht unmittelbar beeinflussbar sind, entspricht dieser Ansatz einer Erhöhung gegenüber dem Ansatz des Jahres 2012 von 3,22 %. Berücksichtigt man im Weiteren, dass in diesen Ansatz für 2013 170.000 Euro für die leistungsorientierte Bezahlung für Beamte eingerechnet wurden, beträgt die Steigerungsrate gegenüber dem Ansatz des Jahres 2012 noch 2,59 %. Hierin sind u. a. neue Stellen für die Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften enthalten, die durch gesetzliche Vorschriften zwingend erforderlich geworden sind. Stellt man dem dann noch verbleibenden Erhöhungsbetrag die tariflichen und beamtenrechtlichen Gehaltssteigerungen gegenüber, wird deutlich, dass seitens der Verwaltung auch im Jahre 2013 der stringente Sparkurs im Rahmen des Stellen- und Personalkostenkonsolidierungskonzeptes weiterverfolgt wird.

Ich appelliere daher abschließend an Sie, meine Damen und Herren des Rates der Stadt Rheine, die notwendigen Haushaltsmittel für die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die leistungsorientierte Bezahlung im Haushaltsplan 2013 auch bereitzustellen.

Meine Damen und Herren,
soweit die Gegebenheiten für den heute eingebrachten Haushaltsplanentwurf.

Ich möchte an dieser Stelle nicht versäumen, allen, die an der Zusammenstellung der notwendigen Daten mitgewirkt haben, meinen ausdrücklichen Dank auszusprechen. Dies gilt insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fach- und Sonderbereichen. Gestatten Sie mir in diesem Jahr aber, den Leiter des Fachbereichs 4, Herrn Wullkotte, in Anerkennung seiner Leistungen besonders zu erwähnen.

Meine Damen und Herren, die Kommunen werden finanziell zu knapp gehalten. Diese Aussage lässt sich belegen am sogenannten Kommunalisierungsgrad. Dies ist eine Kennziffer, die den Ausgabenanteil der Kommunen an den gesamten Ausgaben aller öffentlichen Haushalte von Bund und Ländern misst. In vielen Städten liegt er über 50 %. Doch oftmals fließen den Kommunen weit weniger als 50 % der Einnahmen zu. Die Folge: Rund 180 Milliarden Euro Schulden schleppen Deutschlands Städte und Gemeinden inzwischen durch ihre Haushalte – Tendenz: weiter steigend.

Ich muss deshalb auch in diesem Jahr meine Rede schließen mit Hinweisen und Forderungen zu den Finanzbeziehungen zwischen Bund, Land, Kreis und Kommunen.

Die sogenannten Wirtschaftsweisen fordern die **Bundesregierung** und die **Landesregierungen** auf, bei der Haushaltskonsolidierung mehr Ehrgeiz zu zeigen. Sie machen darauf aufmerksam, dass die staatlichen Konsumausgaben überproportional gestiegen sind und dadurch die hohen Steuereinnahmen, die geringen Zinskosten und die Minderausgaben der Bundesagentur für Arbeit unterm Strich nicht in dem möglichen Umfang zur Entlastung der öffentlichen Haushalte beitragen konnten.

Und auch ich erwarte vom Bund und vom Land NRW mehr Ehrgeiz bei der Haushaltskonsolidierung, damit im Rahmen der Schuldenbremse nicht zusätzliche Belastungen auf die kommunale Familie treffen. Jede Ebene muss zuerst und vor allem im eigenen Verantwortungsbereich sparen. Alles andere ist eine Mogelpackung und würde die Finanzprobleme der Kommunen weiter verschärfen.

Die Übernahme der Kosten der Grundsicherung durch den **Bund** ist ein erster wichtiger Schritt für eine Entlastung der Kommunen, dem allerdings weitere folgen müssen. Der Städte- und Gemeindebund nennt hier z. B. die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen.

Die finanzielle Grundausstattung der Kommunen reicht vorne und hinten nicht, um deren Aufgaben sachgerecht zu erfüllen. Nach der Haushaltsumfrage des Städte- und Gemeindebundes rechnen nur 35 Mitgliedskommunen damit, 2012 einen strukturellen Haushaltsausgleich erreichen zu können. Dabei müssen die Kommunen des kreisangehörigen Raums die Bereitstellung öffentlicher Leistungen mit deutlich geringeren Ressourcen pro Kopf der Bevölkerung bewerkstelligen als die kreisfreien Städte. Das **Land NRW** ist hier in der Verpflichtung, für eine bessere Verteilungsgerechtigkeit sorgen.

Der Kreistag hat gestern den Haushalt des **Kreises Steinfurt** für das Jahr 2013 beschlossen. Der Hebesatz für die Kreisumlage steht damit fest und beträgt 33,2 %. Gegenüber dem Entwurf des Kreishaushaltes sind dies 0,1 %-Punkte mehr. Für die Stadt Rheine bedeutet das Mehraufwendungen in Höhe von 89 T€, die in unserem Entwurf nicht enthalten sind.

Hinsichtlich der Hebesatzentscheidung möchte ich noch aus der gemeinsamen Stellungnahme der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zum Kreishaushalt zitieren:

„Mit der Entlastung bei der Grundsicherung im Alter war und ist die Erwartung der Städte und Gemeinden verbunden, dass diese Entlastungen auch tatsächlich

auf der untersten Ebene, also bei uns, ankommen. [...] Aus unserer Sicht hätte es Ihre Zielsetzung sein müssen, den Umlagezahlbetrag der Städte und Gemeinden um die Entlastung der Grundsicherung im Alter zu mindern. Dies ist auch dringend notwendig, weil bei der weit überwiegenden Anzahl der Kommunen des Kreises Steinfurt eine Verbesserung der finanziellen Situation nicht erkennbar ist.“ Zitat Ende.

Die 24 Städte und Gemeinden hatten den Kreis aufgefordert, den Hebesatz der Kreisumlage mindestens auf 32,1 % zu senken. Leider ist der Kreistag dieser Forderung nicht gefolgt. Umso mehr müssen wir bei der Haushaltsplanung 2014 darauf drängen, dass die weitere Übernahme der Grundsicherungslasten durch den Bund vom Kreis weitergegeben wird. In unserer Finanzplanung haben wir deshalb eine entsprechende Absenkung des Hebesatzes ab 2014 eingeplant.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche den bevorstehenden Etatberatungen – auch in Ihren Fraktionen – viel Erfolg!

Im Übrigen verweise ich bezüglich der Einzelpositionen auf die Vorlage.

Den Haushaltsplan erhalten Sie als pdf im Laufe der nächsten Woche, soweit gewünscht auch in Papierform.